

Gemeinderat von Zürich

18.08.04

Interpellationvon Cornelia Schaub (SVP)
und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

GR Nr. 2004/ 412

Wie bereits in früheren Jahren zur nachrichtenflauen Sommerferienzeit ist auch dieses Jahr wieder das Thema Road-Pricing aufgewärmt worden, und zwar durch einen Artikel vom 25. Juli 2004 in der "NZZ am Sonntag", in welchem die Baudirektorin des Kantons Zürich die Einführung von "Lenkungsabgaben für die Strassenbenützung" im Raum Zürich fordert.

Zu diesen Plänen hat sich im genannten Artikel unter anderem Pio Marzolini, Sprecher des Tiefbaudepartements, vernehmen lassen, indem er erklärte: "Wir begrüßen eine ernsthafte Diskussion des Road-Pricing." Der Genannte hat, so der Artikel, ausserdem betont, dass "sich die Stadt Zürich gerne an einem Pilotprojekt beteiligen" würde. Aufgrund dieser Stellungnahme des Tiefbaudepartement-Sprechers zog der Autor des erwähnten Artikels die Folgerung: "Die Stadt Zürich reagiert positiv auf die Pläne des Kantons".

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wen (welche Personen oder Institutionen) hat der Sprecher des Tiefbaudepartements mit dem Pronomen "wir" gemeint, als er gegenüber der "NZZ am Sonntag" vom 25. Juli 2004 erklärte: "Wir begrüßen eine ernsthafte Diskussion des Road-Pricing"?
2. Bei welchen Mitgliedern des Zürcher Stadtrates hat der Sprecher des Tiefbaudepartements Rücksprache genommen, bevor er gegenüber der in Frage 1 genannten Zeitung eine Stellungnahme zum Thema Road-Pricing abgegeben hat?
3. Wie stellt sich der Stadtrat das Pilotprojekt zur Einführung eines Road-Pricings vor, an dem sich die Stadt Zürich gemäss Sprecher des Tiefbaudepartements gerne beteiligen würde?
4. Welches ist die Position des Gesamtstadtrates von Zürich gegenüber den von der Zürcher Baudirektorin öffentlich geäusserten Vorstellungen zur Einführung von Strassenbenützungsgebühren?
5. Aus welchen Gründen ist das Postulat des damaligen Gemeinderates Andres Türler vom 9. Februar 2000, mit dem der Stadtrat gebeten wurde, bei Kanton und Bund zwecks künftiger Finanzierung von Strassen- und Tunnelwerken mittels Road-Pricing vorstellig zu werden, und das vom Gemeinderat am 21. August 2002 überwiesen worden ist, bis zum heutigen Tag unerledigt geblieben, bzw. wie gedenkt der Stadtrat

